



**mouvement
écologique**

LEIT BRAUCHE VISIOUNEN / VISIOUNE BRAUCHE LEIT

Ministère d'Etat
ENTRÉE le
26 OCT. 2018
No

Aux membres du gouvernement

Luxembourg, le 17 octobre 2018

concerne : Les défis du développement durable pendant la période législative 2018 – 2023

Monsieur le Premier Ministre,
Madame la Ministre,
Madame la Secrétaire d'Etat,
Monsieur le Ministre,
Monsieur le Secrétaire d'Etat,

Le Mouvement Ecologique se permet par la présente de vous faire parvenir en annexe les propositions qu'il a formulées en tant qu'organisation non gouvernementale en amont de la campagne électorale ainsi qu'un communiqué de presse actuel concernant le nouveau programme gouvernemental.

Nous osons espérer que les idées très concrètes avancées dans nos publications retiendront votre intérêt et nous vous en remercions d'avance.

Veuillez agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos sentiments très distingués.

Blanche Weber
présidente



**mouvement
écologique**



NATIONALWAHLEN 2018:

27 zentrale Forderungen des Mouvement Ecologique



Nationalwahlen 2018: 27 zentrale Forderungen des Mouvement Ecologique

Der Mouvement Ecologique hat im Rahmen seiner detaillierten Vorschläge für die Nationalwahlen zentrale Zukunftspisten für eine «nachhaltige Zukunftsgestaltung» vorgestellt. Diese Leitlinien sollten nach Ansicht des Mouvement Ecologique der Orientierungsrahmen der nächsten Regierung sein.

- **Op dem Wee zu engem gerechte Welthandel...**
... amplaz asozialen an onekologeschen Handelsverträg an Almosen un d'Länner vum Süden
- **En nohaltege "Wirtschaftsmodell Lëtzebuerg" an d'Wee leeden ...**
... amplaz dem Trugbild vun engem "grénge" Wuesstem nozelafen
- **Sozial Gerechtegkeet, e liebenswäert Wunnemfeld a Wuelbefannen als prioritär Ziler ...**
... amplaz sozial Ausgrenzung, Konsumdruck an Druck op der Aarbechtsplaz
- **Chance vum Klimaschutz erkennen an als Erausforderungen ophuelen! ...**
... amplaz eng nohaltege Energie- a Klimapolitik als Zwang ze gesinn oder d'Gefore vun de Klimaverännerunge kléng ze rieden
- **Eis natierlech Liewensraim als Grondlag vun der Liewensqualität fir eis Kanner erhalten ...**
... amplaz Naturschutz als Hemmschong bei Infrastruktur-Projekter ze gesinn an eis natierlech Liewensraim weider ze zerstéieren
- **Eng mëttelstänneg a regional Landwirtschaft am Respekt vu Natur, Ëmwelt an Déiereschutz ...**
.. amplaz engem Druck vum Weltmarkt an der Ausbeutung vu Natur an Déier
- **Erschwénglech a gutt Wunne fir jiddwereen ...**
... amplaz Wunnensnout an engem Primat vum Privateigentum
- **Eng menschengerecht Mobilitéit am Fokus: Douce Mobilitéit an ëffentlechen Transport als absolut Prioritéit ...**
... amplaz „op allen Hochzäiten ze tanzen“
- **Eng Biergergesellschaft als Voraussetzung fir eng zukunftsfäeg Gesellschaft ...**
... amplaz e Modell wat ze staark um Prinzip vun enger repräsentativer Demokratie baséiert

Der Mouvement Ecologique möchte damit hervorheben, dass es nicht darum geht, hie und da eine (einzelne oder punktuelle) Verbesserung aus Nachhaltigkeitssicht in einem wichtigen Bereich in die Wege zu leiten, sondern, dass wir unser heutiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell grundsätzlich hinterfragen müssen. Wir brauchen einen regelrechten gesellschaftlichen Wechsel der Prioritäten und Werte, der sich in den konkreten gesellschaftlichen und politischen Themenfeldern zeigt.

Der Mouvement Ecologique ist der fundamentalen Überzeugung, dass unser heutiges Modell die Biodiversität zerstört, den Klimawandel beschleunigt sowie generell Raubbau an Natur und Umwelt treibt und somit nicht mehr im wünschenswerten Umfang zum Wohlergehen des Menschen beiträgt.

Immer mehr Menschen hinterfragen deshalb unser heutiges Modell und erwarten Neuorientierungen und leben sie auch bereits zum Teil vor. Sie setzen andere Prioritäten in ihrem Leben als die materielle Wertsteigerung, z.B durch ihr Engagement für soziales Miteinander, Selbstbestimmung, Gemeinwohl.

Die folgenden 27 "Incontournables" stehen nach Ansicht des Mouvement Ecologique symbolisch für diesen Wandel im Sinne der oben genannten Leitbilder. Deren Umsetzung sind essentielle Weichen für ein lebenswertes, nachhaltiges und zukunftsfähiges Luxemburg.

1. Reform des Weltmarktes und Neuorientierung der Freihandelsabkommen

Die Luxemburger Regierung muss in allen europäischen und internationalen Gremien für tiefgreifende Reformen des heutigen Weltmarktes sowie der bestehenden und zur Diskussion stehenden Freihandelsabkommen aus sozialer, ökologischer und demokratischer Sicht eintreten. Denn diese widersprechen den genannten Kriterien auf flagrante Art und Weise. Ein NEIN beim anstehenden Votum zu CETA in der Abgeordnetenkammer ist geboten.

2. Fortentwicklung Luxemburgs zu einer Bürgergesellschaft

Um einen "Sprung" in unserer demokratischen Kultur sicherzustellen, um von einer Politik der Informationsveranstaltungen zu einer regelrechten Partizipationskultur zu gelangen, gilt es regelrechte Beteiligungsprozesse in bestehenden Gesetzen zu verankern und bei anstehenden Reformen über moderierte Prozesse BürgerInnen (auch verschiedener Sprachkulturen, Bevölkerungsgruppen) konsequent in die Entscheidungsfindung einzubinden. Dieser Paradigmenwechsel hin zu einer Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch die Entwicklung einer Bürgergesellschaft ist unabdingbar.

3. Erstellung einer Strategie zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements sowie Einführung des "Congé associatif"

Es gilt mittels der Erstellung einer "Strategie zur Förderung des Engagements" Hemmschwellen, die einer lebendigen Bürgergesellschaft entgegen stehen, zu analysieren und Gegeninstrumente zu entwickeln (u.a. um auch nicht-luxemburgisch sprechende Bevölkerungskreise einzubinden) sowie Engagement in Nicht-Regierungsorganisationen z.T. zu erleichtern, indem für bestimmte Aufgaben (u.a. offizielle Unterredungen, Beteiligung an offiziellen Gremien) ein "Congé associatif" eingeführt wird.

4. Gewährleistung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung im Alltag von Bildungsstrukturen sowie im pädagogischen Handeln auf allen Ebenen

Dringend notwendig ist ein Leitbild für die Bildung, auch im Sinne der Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Die Schaffung von Freiräumen, die Förderung von Engagement und Partizipation sowie das Einbeziehen der politischen Bildung in die Schulentwicklung und Curricula von allen Schülern sind für eine zukunftsfähige demokratische Gesellschaft unentbehrlich. Zudem muss weiter konsequent an der Schaffung für Chancen für alle, der Bildungsgerechtigkeit und der Inklusion gearbeitet werden.

5. Konsequente Aufwertung der Arbeitsbedingungen der Abgeordneten als gewählte Vertreter der BürgerInnen

Vollzeitabgeordnete (keine Doppelmandate Schöffenrat und Abgeordneter, keine sonstigen beruflichen Verpflichtungen für Abgeordnete), Aufstockung des Fachpersonals der Abgeordnetenkammer und transparentere Arbeit gegenüber der Öffentlichkeit sind die zentralen Stichworte in diesem Zusammenhang.

6. Breite Informationspolitik und formalisiertes Mitspracherecht der Abgeordnetenkommer bei wichtigen europapolitischen Entscheidungen

Die Luxemburger Vertretung in EU-Gremien muss demokratischer gestaltet werden, indem bei wichtigen Dossiers - z.B. der Agrarreform („GAP-Reform“) oder den geplanten Freihandelsabkommen - die Sichtweise der Regierung im Vorfeld transparent dargelegt, die Position Luxemburgs im Vorfeld öffentlich (kontradiktorisch) diskutiert und eine Weisungsgebundenheit seitens der Abgeordnetenkommer eingeführt wird.

7. Grundsätzlicherè Reform des Staatsrates

Die Rolle des Staatsrates muss überdacht sowie neue Regeln aufgestellt werden. Abschaffung von Mandaten für hohe Beamte im Staatsrat, Unterbindung von Interessenkonflikten (d.h. z.B. mit privaten, auch kommerziellen Interessen), Festlegung klarer zeitlicher Fristen für die Erstellung von Gutachten durch den Staatsrat sowie Hinterfragen der aktuellen Rolle sind zentrale Elemente in diesem Bereich.

8. Kosten-Nutzen-Analyse bei relevanten Projekten - Nachhaltigkeitscheck für Entscheidungen der Regierung und der Abgeordnetenkommer

Damit bei Entscheidungen der Regierung und der Abgeordnetenkommer die langfristigen Konsequenzen und Folgewirkungen stärker berücksichtigt werden, ist es unabdingbar, einen „Nachhaltigkeitscheck“ für alle Projekte von Regierung und Abgeordnetenkommer einzuführen. Ebenso wichtig ist die konsequente Durchführung der unter dieser Regierung vorgestellten Kosten-Nutzen-Analyse („Comprehensive Cost-Benefit Analyses“ -CBA), bei der nicht nur vermeintliche Einnahmen und Vorteile eines Projektes analysiert werden, sondern ebenfalls alle Kosten (Umwelt u.a.m.) als Entscheidungskriterium einbezogen werden.

9. Faktenbasierte Debatte über das aktuelle Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell

Eine derartige Debatte erfordert die Erstellung einer fachlichen Analyse über eine mittel- bzw. langfristige Sicherstellung unseres Sozialsystems, auch ohne Wachstumszwang, über mögliche Steuerungsinstrumente des Wachstums und über dessen Folgewirkungen.

10. Erhöhter Stellenwert des „PIB du bien-être“ und Förderung des Wohlbefindens

Das neu entwickelte „PIB du bien-être“ muss gleichberechtigt neben dem Bruttonationalprodukt veröffentlicht und debattiert werden - notwendig ist eine offene Debatte über neue Lebensmodelle, ohne Konsumzwang, die von der Regierung als bewusste Neuorientierung der gesellschaftlichen Entwicklung initiiert, gefördert und umgesetzt werden.

11. Gezielte Förderung regionaler und zirkulärer Wirtschaftskreisläufe, neuer Formen des Wirtschaftens, der Solidarwirtschaft sowie der Gemeinwohlökonomie

Es gilt sowohl die Rahmenbedingungen dieser (neuen) Formen des Wirtschaftens sehr gezielt zu verbessern (z.B. steuerliche Bedingungen und Investitionsbeihilfen für die solidarische Landwirtschaft, Sharing Economy) als auch die regionale Wertschöpfung u.a. durch Förderung der Verarbeitungsketten voranzutreiben (Stichwort Holzcluster, Landwirtschaft).

12. Umsetzung einer nachhaltigen Steuerreform

Umweltbelastungen und Ressourcenverbrauch sollten stärker besteuert - der Faktor Arbeit entlastet werden! Hierzu gehört auch die Einführung einer CO2-Steuer. Luxemburg ist derzeit EU-weit Schlusslicht in Bezug auf Umweltsteuern.

13. Politischen Rahmen für die Digitalisierung setzen

Der Digitalisierungsprozess darf nicht nur technisch, sondern muss auch politisch begleitet werden. D.h. die entsprechenden Rahmenbedingungen zur Reduktion des Reboundeffektes, zur Verteilung des entstehenden Mehrwertes, zur Reorganisation des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmodelle, zur dringend gebotenen Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauches, zum Datenschutz u.a.m. müssen politisch festgelegt werden.

14. Gemeinwohl vor Privatbesitz - Verfassungsrang für die Landesplanung

Unter konkreten Bedingungen und aufgrund transparenter Kriterien muss das Allgemeininteresse Vorrang vor Privatinteresse haben, dies u.a. indem die Landesplanung Verfassungsrang erhält und entsprechende Abänderungen in Gesetzen durchgeführt werden (z.B. Ausweitung des Vorkaufsrechtes der öffentlichen Hand sowie des Enteignungsrechtes aufgrund sehr konkreter Kriterien).

15. Großregion als ein zentrales Element der Entwicklung Luxemburgs

Wirtschaftliche Kooperation und Verteilung der Arbeitsplätze in der Großregion; grenzüberschreitende Mobilität - aus derartigen ersten guten Ansätzen der Kooperation muss eine regelrechte strukturierte Zusammenarbeit entstehen, auch aufgrund von detaillierten Analysen z.B. betreffend mögliche gemeinsame grenzüberschreitende Aktivitätszonen und die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen.

16. Förderung neuer Wohn- und Siedlungsmodelle

Neuen Wohn- und Siedlungsmodellen gehört die Zukunft. Trotzdem werden sie derzeit z.B. steuerlich eher benachteiligt, denn gefördert. Intergenerationelles Wohnen steckt noch in den Kinderschuhen u.a.m. Es gilt die bestehenden Nachteile abzubauen und vielmehr in aller Konsequenz diese Zukunftsmodelle voranzutreiben.

17. Schaffung einer nationalen oder regionalen öffentlichrechtlichen Wohnungsbaugesellschaft:

Zur Stärkung der Rolle der öffentlichen Akteure, zur Sicherstellung einer unerlässlichen Dynamisierung des Wohnungsmarktes und zum Betreiben einer aktiven Wohnungspolitik mit entsprechenden Finanzmitteln gilt es eine nationale oder mehrere regionale Wohnungsbaugesellschaften zu schaffen, den Gemeinden und BürgerInnen beratend zur Seite stehen bzw. Projekte vorantreiben und umsetzen.

18. Konsequente Durchgrünung und Gestaltung der Ortschaften und Stadtviertel als Naherholungsräume, als Lebensräume, als Begegnungsorte und Aufenthaltsräume für den Menschen

Diese Leitlinien müssen in allen Politikbereichen eine Priorität erhalten, sowohl in bestehenden Siedlungsräumen als auch besonders bei Neuplanungen: von der Landesplanung über die Siedlungsentwicklung bis hin zur Mobilitätsplanung.

19. Deutliche Priorisierung in der Mobilitätsplanung auf Kosten des Individualverkehrs

Zur Reduktion der Belastungen (staubedingter Stress im Arbeitsalltag, Luft- und Lärmbelastung, Klimaveränderung) und zur Verbesserung der generellen Mobilitätssituation ist es unabdingbar, dass die nächste Regierung alle Kräfte auf die Förderung der aktiven Mobilität und den konsequenten Ausbau des öffentlichen Transportes und die Priorisierung der Busspuren legt, dies verbunden mit einer Reduktion der Investitionen in den Straßenbau.

20. Erstellen eines Klimaschutzgesetzes

Wir brauchen verbindliche Ziele und Regeln für alle Akteure - Wirtschaft, Gemeinden, Staat und Privatpersonen - damit Klimaschutz endlich ernst genommen und vorangetrieben wird und nicht in Absichtserklärungen, Sensibilisierungskampagnen und Subventionen stecken bleibt.

21. Grundsätzliche Umorientierung der Landwirtschaftspolitik, u.a. im Rahmen der europäischen GAP-Reform („Gemeinsame Agrar Politik“)

Der Landwirt sollte in Zukunft primär für seine (ökologischen) Leistungen im Sinne der Gesellschaft entlohnt werden, statt generelle Subventionen / Prämien z.T. mit der "Gießkanne" zu erhalten, damit er überhaupt überleben kann. Leistungszahlung statt Subvention, ist im Interesse der Landwirtschaft und schützt Luft, Wasser, Boden und Biodiversität. Dies in Verbindung mit einer Landwirtschaftspolitik, die an die Fläche gebunden ist (u.a. durch eine Besteuerung von Kunstdünger und Futterimporten) und auch Instrumente vorsieht, um die solidarische Landwirtschaft und den "Quereinstieg" von Landwirten zu ermöglichen. Luxemburg sollte alle entsprechenden Möglichkeiten in Luxemburg selbst ausschöpfen und sich zudem auf EU-Ebene im Rahmen der GAP-Reform für diese Neuorientierung stark machen sowie umgehend einen runden Tisch zur Ausarbeitung der GAP-Reform in Luxemburg einsetzen.

22. Substantielle Reduktion des Pestizideinsatzes

Eine absolute Priorität in der Orientierung der Landwirtschaftspolitik muss eine substantielle Reduktion des Pestizideinsatzes sein! (Pestizidsteuer, Pollueur-payeur auf landwirtschaftliche Subsidien aufrechnen!) Die Personaldecke im Landwirtschaftsministerium muss erhöht, das Umweltministerium und das Gesundheitsministerium weitaus stärker einbezogen werden. Epidemiologische Untersuchungen von Zielgruppen über Rückstände von Pestiziden im menschlichen Körper sind zu verwirklichen und entsprechende Folgerungen daraus zu ziehen.

23. Einführen eines Biodiversitätspaktes Staat / Gemeinden

Ähnlich dem "Klimapakt" im Energiebereich, der nachweislich zu einer Dynamisierung in den Gemeinden im Bereich Energie und Klima führte, sollte ein „Biodiversitätspakt“ im Naturschutzbereich erstellt und auch in diesem Bereich der Partnerschaft Staat / Gemeinden vereinbart werden.

24. Konsequenter Tierschutz

Nach der Reform des Tierschutzgesetzes besteht vor allem Nachbesserungsbedarf bei der Haltung von Nutztieren (vor allem Kühe, Schweine, Geflügel). In der kommenden Legislaturperiode müssen im Sinne des Tierwohls unbedingt bessere Haltungsbedingungen in den Umsetzungsreglementen des Tierschutzgesetzes festgeschrieben werden.

25. Paradigmenwechsel in der Gesundheitspolitik

Es gilt auf allen Ebenen das Wohlbefinden zu fördern und das Ziel der Gesundheitspolitik nicht auf das Ausbleiben von Krankheiten zu reduzieren. Recht auf Ruhe statt "lediglich" Schutz vor Lärm; geringstmögliche Umweltbelastung statt Einhalten von Grenzwerten; lebenswerte Städte und Ortschaften, in denen man sich gut bewegen/aufhalten kann; Priorität auf "qualitativ hochwertige" statt auf billige Lebensmittel.... Dies bedeutet, dass das Gesundheitsministerium als wesentlicher Akteur in Umwelt-, Arbeits- und Sozialfragen in Erscheinung tritt und ihm formalisierte Rechte bei entsprechenden Fragen zugestanden werden bzw. es diese einfordert (Stichworte Umweltpolitik, Landwirtschaft...).

26. Rohstoffverbrauch und Ressourceneffizienz / Bodenschutzgesetz, Lichtverschmutzung

Umweltpolitik muss - wie die Gesundheitspolitik - weg kommen vom Unterschreiten von Grenzwerten, hin zu einer regelrechten Nachhaltigkeits- und Suffizienzstrategie, die eine maximale Reduktion des Ressourceneinsatzes sichert, neue Lebensmodelle im Sinne des „weniger ist mehr“ fördert, unserer Umwelt wieder den notwendigen Stellenwert einräumt und Lärm, Lichtbelastungen usw. weitestgehend vermeidet und den Schutz unseres wertvollen Gutes Boden verstärkt in den Fokus rückt.

27. Wasserwirtschaftliche Kriterien als Entscheidungsgrundlage von Projekten

Es muss Schluss sein mit der Herangehensweise an Projekte, die von einer unbegrenzten Verfügbarkeit von zusätzlichen Wasserreserven ausgeht. Die Begrenztheit dieser Ressource muss vielmehr als Kriterium sowohl bei Siedlungs- als auch Industrieprojektengelten und deren Schutz Voraussetzung für jedwede menschliche Aktivitätendarstellen im Besonderen auch für die landwirtschaftliche Produktion.

www.meco.lu

Wahlen 2018

Hohe Erwartungen des Mouvement an die zukünftigen Regierungsparteien

Im Vorfeld der Nationalwahlen hatte der Mouvement Ecologique sowohl ausführliche Anregungen in Form einer 80seitigen Broschüre herausgegeben, 9 Leitideen für die Entwicklung Luxemburgs definiert und eine Reihe sehr konkreter Instrumente für die Gestaltung Luxemburgs benannt. Zudem erfolgte eine Analyse der Wahlprogramme der verschiedenen Parteien aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung.

Fakt ist, dass Parteien, die sich im Vorfeld der Wahlen am stärksten zu den natürlichen Lebensgrundlagen als Rahmen für die politischen Orientierungen bekannten und unser heutiges Gesellschaftsmodell am kritischsten hinterfragten, einen Stimmenzuwachs verzeichneten. Dies gilt vor allem für „Déi Gréng“ sowie in geringerem Ausmaß für „Déi Lénk“.

Dies zeigt nach Überzeugung des Mouvement Ecologique eindeutig auf, dass mehr und mehr BürgerInnen eine hohe Priorität auf den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die Biodiversität sowie Themen des Allgemeinwohls und der Lebensqualität legen und den Klimaschutz als wesentliche Herausforderung ansehen.

Wir erwarten deshalb von den zukünftigen Regierungsparteien in aller Konsequenz, dass diesen Themen ein zentraler Stellenwert sowohl in der Ressortenteilung sowie in den inhaltlichen Aussagen des Koalitionsabkommens eingeräumt wird.

Dabei geht es vor allem auch darum, die vielfach noch eher allgemeinen Aussagen in den Wahlprogrammen zur verstärkten Steuerung des Wachstums, zum Erhalt der Biodiversität und zur Steigerung der Lebensqualität mit Leben zu füllen.

Vorrangig sieht der Mouvement Ecologique **strukturell wirksame Maßnahmen**: eine nachhaltige Steuerreform verbunden u.a. mit einer CO₂- und einer Pestizidsteuer; eine Analyse, wie unser Sozialsystem unabhängiger vom Wachstum ausgerichtet werden kann; die Erstellung eines Klimaschutzgesetzes; die gezielte Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe sowie neuer Formen des Wirtschaftens (Solidarwirtschaft, Gemeinwohlökonomie...) sowie eine Debatte über neue Lebens- und Konsummodelle (Stichworte „PIB du bien être“).

Prioritär ist zudem u.a. eine verstärkte **Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in sektorielle Politikbereiche**: die Einführung eines Nachhaltigkeitschecks bei Vorhaben von Regierung und Abgeordnetenversammlung, eine konsequente Umorientierung der Landwirtschaftspolitik u.a. im Rahmen der GAP-Reform, die Umsetzung eines Biodiversitätspaktes Staat/Gemeinden, wasserwirtschaftliche

Kriterien als Entscheidungsgrundlage von Projekten sowie eine deutliche Priorisierung in öffentliche Transportträger auf Kosten des Individualverkehrs.

Was das vordringliche Thema „**Recht auf erschwingliches Wohnen**“ anbelangt, so muss aus der Sicht des Mouvement Ecologique der Vorrang von Allgemeininteressen vor Privatinteressen gelten. Dies im Besonderen bei der prioritären Mobilisierung von Bauland und leerstehenden Wohnungen *innerhalb* der Bauperimeter. Hier gilt es die Förderung neuer Wohn- und Siedlungsmodelle zu verstärken und die Idee von öffentlich-rechtlichen Wohnungsbaugesellschaften umzusetzen.

Aus allgemein gesellschaftlicher Sicht sollte auch ein „**Mehr an Demokratie**“ den künftigen Koalitionsvertrag prägen: die Reform unserer demokratischen Strukturen (Abgeordnetenkammer, Staatsrat...); der Ausbau einer reellen Bürgerbeteiligung hin zu einer Bürgergesellschaft; der Förderung des Ehrenamtes, die Einführung des „Congé associatif“ und einer Bildung für nachhaltige Entwicklung im schulischen und außerschulischen Bereich.

Nicht zuletzt, gilt es verbindliche Aussagen zum Engagement Luxemburgs für eine sozialere, **demokratischere und ökologischere Gestaltung der Globalisierung sowie der Freihandelsabkommen** festzuhalten.

Mouvement Ecologique asbl

17. Oktober 2018